



Der Rat verabschiedet in dieser Sitzung mehrheitlich den Gesamtwirtschaftsplan der Stadtwerke Löhne.

Fotos: Florens Böwering

Rat beschließt Gesamtwirtschaftsplan der Stadtwerke Löhne für 2026

Die Blockade ist durchbrochen

Von Florens Böwering

LÖHNE (WB). Der Normalbetrieb der Stadtwerke Löhne ist gesichert: Mit 31 zu 26 Stimmen beschloss der Rat am vergangenen Mittwoch mehrheitlich die Verabschiedung des Gesamtwirtschaftsplans des städtischen Eigenbetriebs für 2026.

Die Durchsetzung des Plans war im Dezember 2025 von Vertretern der CDU, AfD und LBA (Löhner Bürger-Allianz) blockiert worden. In der Sitzung am Mittwoch wiederholten die Kritiker ihre Gründe für die Ablehnung, können dieses Mal aber nicht die Mehrheit von 31 Stimmen von SPD, Grünen, Linken, FDP und PARTEI übertreffen. Die Entscheidung sieht unter anderem höhere Wassergebühren vor.

Die Verbrauchsgebühr wird von 2,73 Euro (netto) je Kubikmeter um 8 Cent auf 2,81 Euro (netto) je Kubikmeter erhöht. Dies entspricht einer Gebührenerhöhung von 2,8 Prozent. Darüber hinaus steigt die monatliche Vorhaltegebühr je nach Bauklasse der Zähler. Bei mehr als 11.000 und damit bei den

meisten Anschlüssen in Löhne steigt die Vorhaltegebühr von bisher 9,42 Euro monatlich auf 11,02 Euro pro Monat, was einer Steigerungsrate von rund 17 Prozent entspricht (betrifft Zähler der Bauklassen QN 2,5 und Ultra-schall (QN 2,5)).

Steigende Kosten auch beim Versorger

Die Stadtwerke begründen das in ihrem Wirtschaftsplan mit gestiegenen „Aufwendungen zur Sicherstellung der Wasserversorgung. Dies betrifft auch die sogenannten Fixkosten.“ Im Sollbetrag ihres Erfolgsplans für 2025 geben die Stadtwerke einen Gesamtertrag von rund 24,47 Millionen Euro an. Am Ende stehe nach Abzug aller Kosten ein Jahresgewinn von rund 850.000 Euro.

Der Gesamtwirtschaftsplan der Stadtwerke Löhne für das Geschäftsjahr 2026 sieht im Erfolgsplan Aufwendungen in Höhe von rund 24,52 Millionen Euro und Erträge in Höhe von rund 25,38 Millionen Euro vor, woraus sich ein Jahresgewinn von etwa 852.000 Euro ergeben solle. Der Vermögensplan enthält

Ausgaben und Einnahmen in Höhe von rund 22,05 Millionen Euro. Dies ist eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vermögensplan von 2025 mit Ausgaben und Einnahmen in Höhe von etwa 13,21 Millionen Euro.

Aufgrund der bisherigen Ablehnung des 2026er Gesamtwirtschaftsplans im Rat ist nach dessen Verabschiedung noch eine rückwirkende Erhöhung für Januar und Februar möglich. Die üblichen Gebührensteigerungen überraschen die Ratsmitglieder allerdings wenig. Der Vorwurf der Kritiker gegenüber



Die Ratsmitglieder stimmen geheim über einen Antrag der AfD-Fraktion ab.

den Stadtwerken lautete stets, dass diese ihre Monopolstellung im Geschäftsbereich Wasser ausnutzen und den Löhnern beim lebensnotwendigen H₂O zu viel Geld aus der Tasche zögen.

Auch für eine veränderte Rücklagenpolitik plädiert während der Ratssitzung noch einmal Günter Schlüter (LBA): „Seit über 20 Jahren lehnen wir die Konzessionsabgabe der Stadtwerke an die Stadt ab. Sie sollten als Gewinnvortrag erhalten bleiben, um die Wasserpreise stabil zu halten.“ Aus seiner Sicht komme es immer wieder zu folgender Szenerie: „Das Geld wird an die Stadt ausgeschüttet, die Wasserpreise steigen. Wir bezeichnen das als Quersubventionierung der Stadtwerke.“ Die finde aus Kritikersicht auf dem Rücken der Bürger statt.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Dieter Falkenstern widerspricht. Die Stadt halte sich an das Kommunalabgabengesetz und sehe das Bereitstellen von Wasser als hoheitliche Aufgabe, nicht als Monopol. „Der Begriff der Quersubventionierung ist absurd“, so Falkenstern. Auf

einen Antrag der AfD-Fraktion antwortete im Vorfeld der Ratssitzung zudem der scheidende Betriebsleiter Matthias Kreft ausführlich: „Die Aussage, die Stadtwerke Löhne habe überhöhte Gebühren, die zu unverhältnismäßigen Überschüssen führen, bleibt eine nicht belegbare und bereits durch diese und andere Vorlagen widerlegte Behauptung. Die Gebühren für Trink- und Abwasser sind nicht überhöht, sondern basieren, [...] auf dem Kostendeckungsprinzip und sind der Natur nach verursachergerecht. Auch sind die Überschüsse nicht unverhältnismäßig, sondern dienen der legitimierte Eigenkapitalverzinsung und der angemessenen Eigenkapitalausstattung.“

Mehrheit setzt sich im Streit durch

Die AfD-Fraktion erwirkt in der Sitzung schließlich eine geheime Abstimmung über ihren Antrag eines Umbaus der Gebührenpraxis, der allerdings mehrheitlich abgelehnt wird (30 zu 26 Stimmen). Matthias Kreft betonte in seiner schriftlichen Ant-

wort auf den vorab eingegangenen Antrag außerdem, dass „Überschüsse bereits derzeit nicht an den städtischen Haushalt abgeführt“ würden, „sondern nur die legitimierte Eigenkapitalverzinsung“.

Die CDU versucht es mit einem eigenen Antrag zur Veränderung der Gebührenordnung, unter anderem mittels einer vorgeschlagenen Investitionsrücklage. Auch dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Sowohl die Feststellung der Wirtschaftspläne für die Sparten Abwasser und Wasser, als auch der Gesamtwirtschaftsplan der Stadtwerke mitsamt Neufestsetzung der Wasser- und Abwassergebühren werden im Rat mehrheitlich beschlossen.

Mit dem Beschluss des Gesamtwirtschaftsplans können die Stadtwerke nun wieder benötigte Investitionen tätigen. Die Suche nach neuen Gebieten zur Erschließung von Trinkwasser, die langfristig Kosten bei den Gebührenzahlern reduzieren sollen, oder bereits geplante Arbeiten an Wegeseitengräben, die Hochwasserereignisse verhindern sollen, zählen dazu.